

Nr. 129
Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Modrow
im erweiterten Kreis
Dresden, 19. Dezember 1989

BArch, B 136/20578, 221 – 35014 Ge 31 Bd. 2. – Vermerk des MDg Duisberg, 20. Dezember 1989. Verteiler: BM Genscher, BM Wilms, BM Haussmann, BM Blüm, St Bertele. – Mit Vorlage des MDg Duisberg über Chef BK an den Bundeskanzler (Kopie: AL 2): „Hiermit lege ich einen Vermerk über Ihr Gespräch mit Ministerpräsident Modrow im erweiterten Kreis vor mit der Bitte um Billigung und Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Verteiler.“ Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik“.

1. Im Anschluß an das Vier-Augen-Gespräch fand von 12.30 bis 13.15 Uhr ein Gespräch im erweiterten Kreis statt, das bei dem anschließenden Arbeitsessen fortgesetzt wurde.

Teilnehmer waren

- auf unserer Seite:
der Bundeskanzler, Bundesminister Seitzers, Bundesminister Klein, Staatssekretär Dr. Bertele, MD Teltschik, MDgt Dr. Duisberg;
- auf seiten der DDR:
MP Modrow, AM Fischer, Regierungssprecher Meyer, Stv. AM Nier, Leiter StäV Neubauer, Ges[andter] Schindler (MfAA).

Während des Mittagessens kamen BM Blüm, BM Haussmann und BM Wilms sowie seitens der DDR AHM Beil hinzu, um über ihre Gespräche¹ zu berichten.

2. Modrow erklärte eingangs, das vorausgegangene Gespräch sei umfang- und inhaltsreich gewesen. Zusammenfassend wolle er folgende Punkte hervorheben:

- Er habe eine Einschätzung der politischen Situation in der DDR gegeben, wo eine Eskalation der Auseinandersetzung mit extremistischen Kräften und Vereinigungskräften drohe; die Grenze zur Gewalt werde gelegentlich schon überschritten. Der Neuerungsprozeß werde in seiner Breite von demokratischen Kräften getragen und ziele auf freie Wahlen ab. Diese Wahlen seien eine Angelegenheit der Bevölkerung der DDR; der Wahlkampf in der Bundesrepublik sollte nicht in die DDR hineingetragen werden und umgekehrt.
- Die wirtschaftliche Lage sei sehr angespannt. Im Verhältnis zur Bundesrepublik müsse an einen Lastenausgleich gedacht werden in Höhe von 15 Mrd. DM für die Jahre 1990/91. An dieser Frage sollten die Experten arbeiten. Er habe Einvernehmen festgestellt, daß der eingeleitete Prozeß nicht dahin führen dürfe, daß die reiche Bundesrepublik die arme DDR auskaufe. Die DDR sei zu einer breiten Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit. Hinsichtlich der Aktivitäten der Länder und Kommunen müsse man allerdings vorsorglich darauf hinweisen, daß Verträge mit nicht kompetenten Stellen unter Umständen nicht honoriert würden.
- Einigkeit habe er festgestellt hinsichtlich der Verantwortung für die Lage in Europa und die Einbindung in den europäischen Prozeß. Insofern habe auch Einvernehmen bestanden über Helsinki II unter der Voraussetzung, daß ein solches Treffen gut vorbereitet werden müsse. Ausgehend von dem Erneuerungsprozeß in der Gesellschaft, sehe die DDR auch neue Möglichkeiten für eine neuorientierte, berechenbare Außenpolitik; die Perspektiven würden in einer demokratischen Gestaltung Europas gesehen.

1 Zu den Ergebnissen der Gespräche der Bundesminister Haussmann, Wilms und Blüm mit Minister Beil und den stellvertretenden Ministern König und Noack: Vermerk des Ministerialdirigenten Meyer-Sebastian, 19. Dezember 1989; BArch, B 288/290, 02 – 35014 In 11 NA 1 Bd. 1.

- Von großer Bedeutung sei eine Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden Staaten; sie könne ein Beitrag zur Architektur des gemeinsamen europäischen Hauses sein. Die Völker sollten jeweils etwas Eigenes einbringen und die Entwicklungswege für das europäische Haus damit bestimmen.
 - Die DDR trete für eine systemübergreifende Friedensordnung ein, wobei die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der staatlichen Integrität als grundlegende Bedingungen für den europäischen Frieden angesehen würden. Kooperation müsse ein Pfeiler der europäischen Sicherheit werden und die militärischen Faktoren allmählich zurückdrängen. Die DDR strebe Beziehungen zur EG an und sei – wie in der Botschaft an die EG-Präsidentschaft² ausgeführt – zum Abschluß eines Abkommens über Handel und Kooperation bereit. Der KSZE-Prozeß werde als langfristiges Programm der Ost-West-Zusammenarbeit betrachtet und als Instrument der Überwindung der Spaltung Europas. Die DDR stehe vorbehaltlos zu den im Rahmen der KSZE übernommenen Verpflichtungen. Beide Staaten sollten auf diesem Gebiet Beispielhaftes leisten. In diesem Zusammenhang stehe auch das heutige Treffen.
 - Die DDR stehe weiter zu dem wiederholt unterbreiteten Angebot der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Warschauer Pakt und NATO. Es sei Zeit, sich den politischen Beziehungen zwischen den Bündnissen stärker zuzuwenden. Beide Bündnisse hätten eine besondere Verantwortung. Auf beiden Seiten gebe es auch ein besonderes Interesse an der Einbindung der deutschen Staaten. Die DDR werde ihr Bündnissystem nicht verlassen; sie werde ihre Verpflichtungen als alliierter Staat im Warschauer Pakt erfüllen und sehe weiterhin die Sowjetunion als ihren Hauptverbündeten.
 - Abrüstung und Rüstungskontrolle würden ein wichtiges Thema für Helsinki II. Echte Fortschritte hier würden nach außen wie nach innen die Bedingungen für die inneren Reformen in der DDR verbessern. Es bestehe Einigkeit darüber, daß man bei den Wiener Verhandlungen rasch zu einem Ergebnis kommen solle und daß ein allgemeines Verbot der C-Waffen angestrebt werde. Die DDR trete auch für den Abbau der taktischen Nuklearwaffen in Europa mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung ein.
 - Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten könnten beispielhaft für ganz Europa entwickelt werden; sie könnten ein Beispiel für eine qualifizierte gute Nachbarschaft und Koexistenz geben. Daher habe er eine Absichtserklärung zur Schaffung einer Vertragsgemeinschaft vorgeschlagen, auf deren Grundlage die Beziehungen so umfassend gestaltet werden sollten, daß über den Grundlagenvertrag hinaus eine neue Qualität erreicht werde. Die Vertragsgemeinschaft würde dann auch eine Vertrauensgemeinschaft einschließen. Mit einem solchen Beitrag zum gegenseitigen guten Zusammenleben würden die Dinge für die beiderseitigen Nachbarn erleichtert. Dafür sollte die heutige Beratung der Ausgangspunkt sein.
 - Die Existenz der beiden Staaten sei eine erstrangige Frage der Weltpolitik. Die Wiedervereinigung sei nicht aktuell. Versuche der Beschleunigung brächten erhebliche Gefahren mit sich. Diese Frage müsse der Entwicklung überlassen und in die gesamteuropäische Entwicklung eingeordnet werden. Die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit bis hin zur Auflösung der Bündnisse würde es möglich machen, auch die Beziehungen zwischen der DDR und [der] Bundesrepublik Deutschland auf eine neue Grundlage zu stellen.
3. Der Bundeskanzler erwiderte, er wolle mit einer persönlichen Bemerkung beginnen: Er sei sich der Bedeutung dieser Stunde wohl bewußt. Es sei eine historische Stunde, in der

2 Nr. 119 Anm. 9.

die Empfindungen der Deutschen, aber auch die Empfindungen der Menschen in der Welt draußen stark berührt würden. Er wolle daran folgende Feststellungen knüpfen:

- Was immer wir tun oder unterlassen, müsse in dem Bewußtsein geschehen, daß jede Veränderung in der Mitte Europas eine Veränderung der Statik Europas bedeute. Die Entwicklung in Deutschland sei daher unlösbar verbunden mit den Problemen der Welt. Alles, was man hier sagt und tut, müsse unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, was es für die Entwicklung in der Welt bedeute. Beide deutsche Staaten seien verpflichtet, darüber nachzudenken, wie sie einen Beitrag leisten könnten, um ein Stück von dem wieder in Ordnung zu bringen, was unter deutscher Verantwortung in diesem Jahrhundert in Unordnung geraten ist. Wir müßten versuchen, bei unserem Weg in die Zukunft auch die Sicherheitsbedürfnisse aller unserer Nachbarn immer im Auge zu behalten. Zur Zeit seien die Aussichten günstig, um in drei wichtigen Feldern zu Abrüstungsvereinbarungen zu kommen – nämlich bei den C-Waffen, bei den strategischen Waffen und in den Wiener Verhandlungen. Wenn in diesem Zusammenhang eine KSZE-Gipfelkonferenz einberufen werden sollte, so seien wir damit einverstanden unter der Voraussetzung, daß sie umfassend vorbereitet würde; es dürfe nicht nur darum gehen, daß die Konferenz stattfindet, sondern um substantielle Ergebnisse.
- Zwischen beiden Regierungen bestünden zu vielen Punkten Meinungsverschiedenheiten, die bei noch so langen Gesprächen nicht ausgeräumt werden könnten. Es gebe aber auch viel Gemeinsames. Von seinem 10-Punkte-Programm könne die DDR wahrscheinlich – wenn auch mit anderen Formulierungen – bis auf einen Punkt mit fast allem einverstanden sein. Er selbst habe die 10 Punkte aber auch nie als einen Zeitplan verstanden wissen wollen. Man solle jetzt den Gedanken einer Föderation beiseite lassen und sehen, was heute getan werden könne. Dabei gehe er davon aus, daß der Reformprozeß in der DDR unumkehrbar sei, daß im Frühjahr Wahlen stattfinden und daß das politische Strafrecht reformiert werde. Unser Interesse sei auf keinen Fall, zur Destabilisierung der DDR beizutragen oder zu unkontrollierbaren Entwicklungen. Es müsse auch alles vermieden werden, was die Reformprozesse in den anderen Ländern beeinträchtigen könne. Er sei sich völlig im klaren über die Emotionen, die im Spiel seien. Aber mit Emotionen könne der Staat nicht regiert werden. Man müsse sie allerdings berücksichtigen, zumal viele Menschen draußen darauf schauten.
- Für ihn, den Bundeskanzler, sei Ministerpräsident Modrow jetzt der Gesprächspartner. Es gehe darum, gemeinsam zu versuchen, seine Pflicht zu tun. Konflikte und Meinungsverschiedenheiten müßten in aller Fairneß ausgetragen werden. Man solle mehr miteinander als übereinander reden und sich nicht unter den Druck der Medien setzen, sondern vom Verstand leiten lassen. Er sei deshalb auch strikt dagegen, den Wahlkampf jeweils im anderen Bereich zu führen, auch wenn natürlich die Ereignisse die Menschen auf beiden Seiten berührten.

Der Bundeskanzler erklärte dann, er sei bereit, die vorgeschlagene Absichtserklärung zur Vertragsgemeinschaft (mit Ausnahme eines für ihn nicht akzeptablen Satzes) abzugeben, über das Thema Verhandlungen aufzunehmen und im Laufe des Frühjahres zu einem Abschluß zu kommen. Speziell zu wirtschaftlichen Fragen wolle er noch einmal klar sagen, daß es nicht unser Ziel sei, daß die Menschen aus der DDR in großer Zahl in die Bundesrepublik kommen, und daß man deshalb versuchen müsse, die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR nachhaltig zu verbessern. Dazu wolle er drei Bemerkungen machen:

- Die DDR müsse rasch Möglichkeiten für Investitionen schaffen. Er sei optimistisch hinsichtlich der Investitionsbereitschaft unserer Wirtschaft. Voraussetzung sei aber ein geeigneter Rahmen. Ihn zu schaffen, sei Sache der DDR; wir wollten ihr da nicht hineinreden.

- Er empfehle, daß die DDR so schnell wie möglich einen Beitrittsantrag zum IWF stelle. Der Beitritt selbst werde längere Zeit in Anspruch nehmen; schon der Antrag könne aber für die Entwicklung von großer Bedeutung sein. Die Bundesregierung wolle nicht in die Lage kommen, der Revisor der DDR zu werden; hier könnten jedoch die Möglichkeiten des IWF genutzt werden. Es werde sich dabei natürlich die Frage nach dem Devisenstatus der DDR stellen.
- Die Frage, was nach Einführung der Sichtvermerksfreiheit geschieht, habe sehr wesentlich auch einen sozialpolitischen Aspekt. BM Blüm sei deshalb mitgekommen, um sich mit seinem Amtskollegen aus der DDR in Verbindung zu setzen. Es gebe zweifellos auf beiden Seiten viele Menschen, die vorhandene Möglichkeiten ausnutzten, um staatliche Leistungen zu erhalten. (Der Bundeskanzler nannte dafür einige Beispiele.) Wie man das bei den Besucherbewegungen in den Griff bekomme, dafür gebe es sicher kein Patentrezept. Jedoch sollten sich die maßgeblichen Leute kurzfristig und ohne besonderes Aufsehen zusammensetzen und gemeinsam darüber beraten.

Der Bundeskanzler ging dann noch auf den von MP Modrow verwendeten Begriff „Lastenausgleich“ ein, den er nicht akzeptieren könne. In der Bundesrepublik Deutschland seien nach dem Krieg insgesamt 150 Mrd. DM intern als Lastenausgleich bezahlt worden; die Bundesrepublik Deutschland habe außerdem 100 Mrd. DM Wiedergutmachungsleistungen erbracht. Der Begriff sei damit besetzt. Wir müßten auch verhindern, daß einerseits der Eindruck entstehe, die DDR werde von der Bundesrepublik Deutschland ausgekauft, andererseits der Eindruck, die DDR sei ein Faß ohne Boden. Worum es vielmehr gehe, sei die Solidarität unter Deutschen, die jetzt gefordert ist.

Der Bundeskanzler wiederholte, es sei unser Interesse, daß die Menschen in ihrer Heimat bleiben und leben können. Das gelte für die Menschen in der DDR ebenso wie für die Deutschen in den osteuropäischen Staaten – mit Ausnahme Rumäniens, wo die Deutschstämmigen in der Tat keine echte Chance für eine weitere Existenz mehr hätten. Es komme deshalb darauf an, daß die Menschen sozusagen „Licht am Ende des Tunnels“ sehen. Wenn das nicht der Fall sei, würden sie weggehen. Dagegen müßten wir etwas tun durch vernünftige Zusammenarbeit. Er sei dazu bereit. Er gehe davon aus, daß er und Ministerpräsident Modrow sich regelmäßig zusammensetzten; das nächste Treffen sollte Ende Januar oder Anfang Februar sein. Dabei müsse man sehen, daß die Art, wie sie beide miteinander umgingen, auch Wirkungen auf unsere Umwelt haben würde. Das werde in Deutschland, aber auch im EG-Raum und in den USA genau beobachtet.

Es wurde dann Einvernehmen über den Text der Absichtserklärung zur Vertragsgemeinschaft hergestellt. Der Entwurf der DDR wurde mit einigen Änderungen in der anliegenden Fassung verabschiedet (Anlage 1)³.

Der Entwurf der Gemeinsamen Mitteilung wurde ebenfalls kurz erörtert und an einigen Stellen geändert. Unter anderem wurden auf Wunsch der DDR die Zahlenangaben in dem Abschnitt über die Bereitstellung von Förderungsmitteln und die Erhöhung des Garantierahmens für Lieferungen herausgenommen; MP Modrow erklärte dazu, die Zahlen könnten unrealistische Erwartungen wecken. Auf Frage von BM Seiters nach der Entlassung von politischen Häftlingen erklärte MP Modrow aufgrund einer handschriftlichen Notiz, daß zwischen dem 18. und 22. Dezember 25 wegen Spionage verurteilte Häftlinge entlassen würden. In allen anderen Fällen würden unverzüglich und ohne Ausnahme Entscheidungen getroffen werden. Auf Rückfrage von unserer Seite wurde während des Arbeitessens erklärt, daß es sich bei den anderen Fällen um sämtliche von uns als politische Häft-

3 Anlage 1 nicht abgedruckt; BArch, B 136/20578, 221 – 35014 Ge 31 Bd. 2.

linge angesehene Personen handelte. Die entsprechende Aussage wurde darauf in die Gemeinsame Mitteilung (Anlage 2)⁴ eingefügt.

Ministerpräsident Modrow sprach seinerseits unter Bezug auf das Vier-Augen-Gespräch die Möglichkeit an, die Aufhebung des Sichtvermerkszwangs und des Mindestumtausches bereits auf Weihnachten vorzuziehen. Der Bundeskanzler erklärte dazu, die DDR müsse das selbst beurteilen. Aus seiner Sicht diene es beiden, wenn die Regelung bereits am Heiligabend beginne. Für Ansehen und Stellung des Ministerpräsidenten werde eine solche Entscheidung positive Auswirkungen haben, sowohl bei uns als auch in der DDR. Wir seien nicht daran interessiert, daß seine Position geschwächt werde. Aller Unterschiede ungeachtet sei er der Gesprächspartner. MP Modrow antwortete, für die DDR stelle sich bei einem vorzeitigen Verzicht auf Sichtvermerk und Mindestumtausch ein wirtschaftliches Problem; er bezifferte den Ausgleich für den Verlust durch den Mindestumtausch in der fraglichen Zeit auf 150 Mio. DM, wofür ein Ausgleich erforderlich sei. BM Seiters bezeichnete den genannten Betrag in Anbetracht der für das Gesamtjahr geschätzten Summe von 550 Mio. DM als entschieden überhöht, bezweifelte aber vor allem, daß eine solche Regelung zum Gegenstand eines Handels gemacht werden sollte. BM Klein unterstützte dies und meinte, daß – wenn überhaupt eine Kompensation notwendig sei – sie dann lieber an anderer Stelle erfolgen sollte. Während des Arbeitssessens wurde dann Einvernehmen erzielt, daß die neue Regelung bereits am 24. Dezember in Kraft treten sollte.⁵

MP Modrow ging auch auf Überlegungen ein, das Brandenburger Tor zu öffnen. Er erklärte, daß der sowjetische Botschafter ihm in einem vor kurzem geführten Gespräch gesagt habe, daß die Entscheidung im DDR-Bereich liege. OB Krack sei beauftragt, mit RBM Momper die Vorbereitungen so zu treffen, daß die Dinge nicht in Bewegung gesetzt würden, bevor eine Einigung bestehe. Geplant sei von DDR-Seite ein Fußgängerübergang rechts und links vom Brandenburger Tor, der eine für den Ein-, der andere für den Ausgang. Alles würde so vorbereitet werden, daß nur drei Stunden Vorarbeit vor dem festzusetzenden Termin notwendig würden. Der Termin selbst sei noch offen. Der Senat wolle sich seinerseits darum bemühen, die Situation beherrschbar zu halten. Er verstehe, daß der Vorgang eine symbolhafte Bedeutung habe. Gegebenenfalls sollten der Bundeskanzler und er und die beiden Bürgermeister bei der Eröffnung anwesend sein. Der Bundeskanzler erklärte, daß dies auch seine Meinung sei, und fragte, ob das auch öffentlich gesagt werden könne. MP Modrow stimmte dem zu. (Wir haben darauf einen kurzen Text zur Verwendung von MP Modrow in der Pressekonferenz vorgeschlagen (Anlage 3)⁶, der von der DDR akzeptiert und von Modrow in der Pressekonferenz auch verwendet wurde.⁷)

MP Modrow erklärte in bezug auf andere neue Übergänge an der deutsch-deutschen Grenze, daß man sich bemühen solle, in den nächsten Wochen gemeinsam so zu arbeiten, daß man die Lage in den Griff bekomme. Es hänge bisher sehr von den lokalen Stellen ab, so daß die Zusammenarbeit je nach den handelnden Personen unterschiedlich gut sei. Er

4 Anlage 2 nicht abgedruckt; ebd. Veröffentlichte Fassung der Gemeinsamen Mitteilung in: Bulletin. Nr. 148. 20. Dezember 1989, 1249–1252.

5 Verordnung über Reisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) in und durch die Deutsche Demokratische Republik, 21. Dezember 1989, in: GBl. DDR 1989 I, 271f.

6 Anlage 3 nicht abgedruckt; BArch, B 136/20578, 221 – 35014 Ge 31 Bd. 2.

7 Ministerpräsident Modrow teilte in seiner einleitenden Erklärung mit, „daß der Bundeskanzler und ich darüber einig sind, daß wir das Brandenburger Tor durch einen Fußgängerübergang öffnen und daß wir die Absicht haben, das gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister und dem Oberbürgermeister Berlins noch vor Weihnachten zu tun“. Außerdem sei „vereinbart, daß der visafreie Reiseverkehr aus der BRD und West-Berlin ab dem 24. Dezember beginnt“ (Pressekonferenz, 19. Dezember 1989, 15.10 Uhr, Dresden. Unkorrigiertes Manuskript und Anhang: ZDF-Spezial, 14 S., hier 10f.; BPA/PA, F 1/30.

bäte, hier auch von unserer Seite das Nötige zu tun. Frau BM Dr. Wilms wies beim Arbeitsessen auf die besonders schwierige Lage in Hof hin, wo auf eine mittelgroße Stadt ein großer Besucherstrom mit Autos zukomme. Der Bundeskanzler sagte zu, die Frage bei seinem Treffen mit den Ministerpräsidenten der Länder am 21. 12.⁸ aufzunehmen.

Duisberg

Nr. 130
Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit
Vertretern von Oppositionsgruppen in der DDR
Dresden, 20. Dezember 1989

BArch, B 136/20578, 221 – 35014 Ge 31 Bd. 2. – FS StäV Nr. 2924, 21. Dezember 1989, 18.09 Uhr. Az. 02 – 35014 In 11. VS-NfD. Citissime. Verteiler: ChBK, MD Teltschik, MDg Duisberg, MDg Stern; BMB, Ministerbüro, AL II; BMA, Ministerbüro; Bonn AA, Ref. 210. Mit Stempel: 024481, BK-Amt, FS-Zentrale, 21. Dezember 1989, 18.53 Uhr.

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Dresden am 19. und 20. 12. 1989
hier: Gespräch mit Vertretern von Oppositionsgruppen am 20. 12. von 10.00 bis
11.30 Uhr im Hotel Bellevue

Verfasser: MR Dr. Frick

1.

Der Bundeskanzler war begleitet von:

- BM Wilms
- BM Blüm
- Chef BK
- MD Teltschik

sowie von mir und VLR I Frick.

2.

Die Oppositionsgruppen waren wie folgt vertreten:

- Christlich Soziale Partei Deutschlands (CSPD)
 - Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling (Vorsitzender), Leipzig
 - Dr. Peter-Michael Diestel (Generalsekretär), Leipzig
- Demokratischer Aufbruch – Sozial, Ökologisch
 - Rechtsanwalt Wolfgang Schnur (Vorsitzender), Rostock
 - Sonja Schroeter (stv. Vorsitzende), Leipzig
- Demokratie Jetzt
 - Dr. Hans Jürgen Fischbeck, Berlin
 - Frau Wartenberg, Dresden
- Neues Forum
 - Dr. Reinfried
 - Albrecht Vaatz, beide Dresden
- Gruppe der Zwanzig (Dresden)
 - Dr. Herbert Wagner
 - Frank Neubert.

Die ebenfalls eingeladene SDP, die ihre Teilnahme offengelassen hatte, war nicht erschienen.

8 Nr. 133.